
ZEITZEUGEN UND GESTALTER: HANS SEIDEL - EIN KONSTRUKTIVER MITTLER¹

RALF KRONBERGER / ROBERT SCHEDIWY

Obwohl er als Jahrgang 1922 bereits im neunten Lebensjahrzehnt steht, wirkt Hans Seidel, Wirtschaftsforscher, Universitätslehrer, langjähriger Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung, des IHS und Staatssekretär überaus vital. Er empfängt im „WIFO“, wo er noch ein Büro hat und auch intensive Tätigkeit entfaltet: Sein wirtschaftshistorisches Werk „Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg“ über die ersten zehn Jahre der Zweiten Republik ist eben bei Manz im Erscheinen. In einem mehrstündigen Gespräch gibt der Gelehrte Auskunft über seine Prägungen, Erfahrungen und Leistungen.

Seidels Kindheit war geprägt von der Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre. Auch sein Vater sei arbeitslos gewesen. Da sei es nur natürlich gewesen, dass er nach 1945 zum Keynesianismus kam, meint Seidel. Seine Kindheit sei auch eine hyperpolitisierte Zeit gewesen. Daraus erkläre sich wohl seine Neigung zur Objektivierung, zu einer quasi naturwissenschaftlich neutralen Ökonomie.

Seidel wurde als Kriegsteilnehmer verwundet, und hatte so Gelegenheit, an der damaligen Hochschule für Welthandel in Wien Betriebswirtschaftslehre zu studieren. Die Betriebswirtschaftslehre (vor Gutenberg) habe er damals als inadäquat angesehen. Die Begegnung mit einem wirtschaftstheoretischen Werk von Stackelberg („Grundzüge der theoretischen Volkswirtschaftslehre“, 1943) habe ihn aber fasziniert und für die Volkswirtschaftslehre eingenommen. Auch Elemente eines NS-Keynesianismus habe er noch im Studium kennengelernt, etwa bei Professor Nöll von der Nahmer (später Finanzminister eines deutschen Bundeslandes). Eine typische Frage Nölls sei gewesen: „Was passiert, wenn man aus einem Flugzeug Reichsmarknoten über die Städte verstreut?“ Die erwartete Antwort: Solange es unterbeschäftigte Kapazitäten gibt, führt die Mehrnachfrage zu mehr Produktion. Dazu kam die nationalsozialistische Vorstellung, dass sich in einer „gelenkten Wirtschaft“ das Inflationsproblem beherrschen lasse.

1946 aus dem Krieg heimgekehrt, hatte der junge Ökonom Seidel das Gefühl, er müsse möglichst rasch einen Posten finden. Im Gefolge der Vorkriegserfahrungen glaubte er, einen Arbeitsplatz zu finden, sei „etwas furchtbar Schwieriges“. Er habe also im Frühjahr 46 die Chance ergriffen, sich im WIFO zu bewerben.

Im WIFO hatte er Gelegenheit, moderne angloamerikanische Fachliteratur zu studieren, was damals keinesfalls selbstverständlich war. Ungeachtet der theoretischen Interessen seines jungen Mitarbeiters sei das Wirtschaftsforschungsinstitut der ersten Nachkriegszeit aber keineswegs theoretisch ausgerichtet gewesen: „Sein Leiter vertrat die Meinung, dass man keine tiefeschürfende Theorie braucht, um die Probleme der Nachkriegszeit zu erfassen und praktische Lösungen zu finden.“ Das WIFO fühlte sich berufen, „volkswirtschaftliche Wahrheiten“ zu vermitteln oder nüchterner ausgedrückt: „Das WIFO sollte den Wirtschaftspolitikern sagen, worüber sie sinnvollerweise streiten

¹ Auf Basis eines Gesprächs mit Professor Hans Seidel am 17.1.2005 im Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut. Passagen in direkter Rede sind diesem autorisierten Interview entnommen.

konnten“. Dieser etwas überzogene Anspruch mag mit der damaligen Monopolstellung des Instituts zusammenhängen. Es habe weder das IHS noch (von Ausnahmen abgesehen) qualifizierte Ökonomen in den Ministerien gegeben. Moderne Instrumente der empirischen Forschung wie etwa die „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ oder der Konjunkturtest wurden vom WIFO eingeführt.

Er selbst, so Seidel, sei auf diese Weise zur Wirtschaftspolitik gekommen. Das WIFO fühlte sich in seiner wirtschaftspolitischen Funktion dadurch bestärkt, dass Spitzenpolitiker und Ministerien seinen Rat suchten. So habe sich etwa das „Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung“ unter Minister Krauland auf Informationen und Empfehlungen des WIFO gestützt. Seidel erinnert sich „fast mit Entsetzen“ an Kraulands Gewohnheit, am Morgen komplizierte ökonomische Fragen ins WIFO zu schicken, deren umgehende Beantwortung er auf maximal einer halben Seite erwartete. Die Verbindung mit dem Krauland-Ministerium wurde später, in der Zeit des Marshall-Plans, mit dem ERP-Büro unter der Leitung von Wilhelm Taucher fortgesetzt. Taucher, ein in Wirtschaftspolitik erfahrener Professor aus Graz, holte den WIFO-Chef Franz Nemschak als Abteilungsleiter in das ERP-Büro. Das bedeutete, dass die ökonomische Arbeit des ERP-Büros vom WIFO gemacht wurde. So kam es, dass der junge Privatangestellte Seidel 1949/50 aus den Beiträgen der Ministerien Berichte für die OEEC in Paris (die europäische Marshallplan-Organisation) zusammenstellte. Nachdem die Österreichberichte gut ankamen, habe die österreichische Delegation in Paris gemeint, wer die Berichte schreibt, solle sie auch vertreten. So wurde der Privatangestellte Seidel Mitglied der Delegationen, die Österreich in den Hearings in Paris vertrat. Das sei der Beginn seiner aktiven wirtschaftspolitischen Tätigkeit gewesen, meint Seidel.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik der ersten Jahre der Zweiten Republik entfaltet Seidel mit stupender Fakten- und Datenkenntnis ein weites Panorama an Beobachtungen, die hier nur äußerst verkürzt angedeutet werden können (Für Details ist auf Seidels neuestes Buch zu verweisen). So meint er bezüglich des Ministers Krauland, dieser sei „seinen Ministerkollegen intellektuell überlegen“ gewesen. Er habe allerdings seine Überlegenheit auch jedem gezeigt, was nicht klug war. Und er habe sich mit einer wirtschaftspolitischen Konzeption identifiziert, die einer „indikativen Planung“ nach französischem Muster nahe kam, ohne ihre Implikationen zu überblicken. Kraulands Vorstellung war: Um eine Wirtschaft krisenfest zu machen, brauche man eine Rahmenplanung, eine Kapazitätsplanung. Um so genannte Konstitutionspläne für einzelne Branchen zu erstellen, wurden zahlreiche Experten mobilisiert. Solche Branchenpläne wurden zunächst für die verstaatlichten Grundstoffindustrien ausgearbeitet. Die Planung für Industrien mit dominant privatem Eigentum wurde zwar begonnen, geriet aber bald ins Stocken. Es habe offenbar in Kraulands eigener Partei, der ÖVP, Widerstand gegen den Versuch gegeben, die Investitionen der Wirtschaft zu koordinieren. Nach den Wahlen von 1949, die in Gewinnen der SPÖ resultierten, sei das Planungsministerium ersatzlos aufgelöst worden. Die Sozialisten verzichteten auf die von ihnen an sich gewünschte Rahmenplanung und handelten sich dafür ein mächtiges Wirtschaftsministerium ein, das so genannte „Königreich Waldbrunner“, das die Verstaatlichte Industrie und die Bundesbetriebe umfasste. Der Gegensatz zwischen Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft dominierte lange Zeit die wirtschaftspolitische Diskussion, wie etwa bei Farnleitner (in den Wirtschaftspolitischen Blättern, 1992, Heft 1) nachzulesen ist.

Den so genannten Raab-Kamitz-Kurs sieht Seidel rückblickend als hervorragend „verkauft“ Ergebnis äußeren Drucks. Das ursprüngliche Kamitz-Konzept hatte ordnungspolitischen und nicht ablaufpolitischen Charakter. (Seidel hatte die Gelegenheit, die Entwürfe in einem kleinen Kreis im

Herbst 1951 zu diskutieren.) Es richtete sich gegen Ermessensentscheidungen von verfassungsrechtlich nicht legitimierten Kommissionen und gegen zu hohe Steuern. Um den Handlungsspielraum der Unternehmungen zu erweitern, müssten die Kommissionen abgeschafft und die Steuern gesenkt werden. Der ursprüngliche Entwurf enthielt daher ein Anti-Sozialpartnerschafts-Konzept. Die Vorstellung, dass man durch restriktive Politik innere und äußere Währungsstabilität herstellen könne und die damit verknüpften Anpassungsschwierigkeiten in Kauf nehmen müsse, verstieß gegen die damals vorherrschenden wirtschaftspolitischen Auffassungen in Österreich. Sie konnte daher schwerlich in einem Konzept vertreten werden, das den Autor ministrabel machen sollte. Erzwungen wurde die Restriktionspolitik durch die Amerikaner. Nach Ausbruch des Korea-Konflikts Mitte 1950 kamen die USA zu dem Schluss, dass sie Europa genug Wirtschaftshilfe geleistet hätten und sich auf Militärhilfe konzentrieren sollten. Daher sei in zwei Phasen internationaler Druck auf die österreichische Wirtschaftspolitik ausgeübt worden. Österreich, damals Mitglied der Europäischen Zahlungsunion, hatte bereits im Frühjahr des Jahres 1951 seine Starthilfe ausgeschöpft. Zusätzliche Mittel zur Deckung des Defizits mit den europäischen Teilnehmerländern wurden ihm nur gegen Auflagen gewährt. Im Herbst 1951 kündigten die Amerikaner an, dass Österreich 1951/52 nur noch 120 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe erhalten werde. Das war sehr viel weniger, als das ERP-Büro als Mindestbedarf festgelegt hatte. Wohl als Reaktion auf die Kürzung der amerikanischen Hilfe fielte das Direktorium der „Europäischen Zahlungsunion“ eine folgenschwere Diagnose: Österreich hat eine hohe Inflationsrate und ein hohes Leistungsbilanzdefizit, weil die aggregierte Nachfrage das heimische Angebot übersteigt. „Damit wurde meines Wissens zum ersten Mal offen ausgesprochen, dass die österreichische Wirtschaftspolitik zu expansiv sei und eine Restriktionspolitik mit den klassischen Mitteln der Geld- und Fiskalpolitik empfohlen. Als Folge dieser Kritik hat Österreich Ende 1951, also noch bevor Kamitz Finanzminister wurde“, die Bankrate erhöht und Abkommen über quantitative Kreditkontrollen eingeführt. In diesen Abkommen wurde die Kreditausweitung auf einen bestimmten Prozentzuwachs des Einlagenzuwachses limitiert. Außerdem wurden Liquiditätssätze vorgeschrieben. Den Amerikanern war das zu wenig. Sie forderten im ersten Halbjahr 1952 weitere Stabilisierungsanstrengungen, u.a. einen strikten Ausgleich des Bundeshaushalts auch bei rückläufiger Konjunktur und einen Kreditstop. Aus Seidels Sicht bestand die geniale Leistung des Reinhard Kamitz darin, „dass er erkannt hat, dass mit dem Rückenwind der Amerikaner und mit dem Einverständnis von Raab ein Stabilisierungskurs gefahren werden kann, der unter anderen Rahmenbedingungen politisch nicht durchsetzbar war“. Mit der Stabilisierung der Währung wurden die Voraussetzungen für marktwirtschaftliche Reformen und für die Eingliederung Österreichs in die europäische Wirtschaft geschaffen.

Zum Thema „Liberalismus in Österreich nach 1945“ meint Seidel, es habe nach 1945 keine wirklich bedeutende liberale Gedankenströmung gegeben. „Es wurde weder Hayek noch Mises zitiert, die wenigen liberalen Ökonomen saßen vorwiegend in den Handelskammern, wie mein Freund Max Mitic oder auch Walter Wiltschek.“ Lange Zeit habe beispielsweise die „Vereinigung Österreichischer Industrieller“ versucht, die heimische Produktion vor internationaler Konkurrenz abzuschirmen.

Was das deutsche Konzept der Sozialen Marktwirtschaft betrifft, meint Seidel, es habe in Deutschland eine sehr viel stärkere theoretische Basis gegeben: den Ordo-Liberalismus der Freiburger Schule. Nach Müller-Armack („Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“, 1947) gehörte zum System der Marktwirtschaft „geradezu als Kernstück“ eine aktive Wettbewerbspolitik. Dass auch in Deutschland ein Kartellverbotsgesetz erst 10 Jahre später - Mitte der 50er Jahre - kam, sei zu-

gegeben. Aber in der Programmatik war die Wettbewerbspolitik für die soziale Marktwirtschaft ein wichtiges Element. In Österreich wurde die aktive Wettbewerbspolitik erst viel später und im Zusammenhang mit der Europäischen Integration zu einem allgemein akzeptierten Bestandteil der Wirtschaftsordnungspolitik. Im Übrigen sollte man die deutsche Wirtschaftspolitik nicht nur an der Kartellfrage messen. Unter Erhard wurden in Deutschland die amtliche Preisregelung und die Bewirtschaftung von Gütern schon 1948 größtenteils aufgehoben, zum Missfallen der Besatzungsmächte und der Administratoren des Marshallplans. Der Marshallplan hatte zwar Marktwirtschaft zum Ziel, die aus der Kriegswirtschaft übernommenen Kontrollen sollten jedoch nur schrittweise in dem Maße aufgehoben werden, wie sich die Märkte normalisieren. Die Deutschen hatten auch zu Beginn der EWG den französischen Vorstellungen einer „indikativen Planung“ aus wettbewerbspolitischen Gründen eine Absage erteilt.

Seine eigene Tätigkeit sieht Hans Seidel über die Jahrzehnte hin vor allem als eine des redlichen Vermittlers zwischen Trägern der Wirtschaftspolitik mit unterschiedlichen Informationen und Interessen. Er habe stets versucht, Informationsdefizite abzubauen und Gegensätze auszugleichen. Er war insbesondere bemüht, die Brücke zu schlagen zwischen internationaler und nationaler Politik. Einerseits vertrat er den Standpunkt Österreichs in internationalen Organisationen und Konferenzen. Andererseits machte er die Träger der heimischen Wirtschaftspolitik mit den Strömungen und Spielregeln der internationalen Wirtschaftspolitik vertraut und versuchte sie davon zu überzeugen, dass sich internationales Wohlverhalten lohnte. In den ersten Nachkriegsjahren sei er ein ständiger Gesprächspartner amerikanischer Ökonomen gewesen, die mit der österreichischen Ministerialbürokratie nicht gut kommunizieren konnten, weil diese mit den damals dominanten makroökonomischen Modellen nicht vertraut waren. Auf seine Tätigkeit in der OEEC wurde bereits hingewiesen. Als Staatssekretär habe er Anfang der 80er Jahre die außenwirtschaftlichen Agenden des Finanzministeriums betreut. In dieser Zeit war er u.a. Governor der Weltbank und vertrat Österreich im Ministerrat der OECD. Er referierte im amerikanischen Kongress über die österreichische Einkommenspolitik und bewirkte mit, dass Österreich auf dem US-Kapitalmarkt als Schuldner erster Klasse (triple A) eingestuft wurde. Nach seinem Ausscheiden aus der Regierung wurde er Vorsitzender des Economic Committee der EFTA und österreichischer Delegationsleiter im Economic Policy Committee der OECD. Es habe eine Kontinuität seiner internationalen Tätigkeit gegeben, beginnend vom Jahr 1949, als er die Berichte für Paris formulierte, bis zur Tätigkeit in den internationalen Komitees in den 80er Jahren.

Er habe eine gewisse Brückenfunktion auch in der Innenpolitik erfüllt, meint Seidel, Das galt für seine Tätigkeit im WIFO, insbesondere in der Zeit der Alleinregierungen Klaus und Kreisky. Auch als Staatssekretär in der Regierung Kreisky war er um das Gespräch bemüht. Dabei verstand sich Seidel als Experte mit weltanschaulichen Grundsätzen, aber ohne Bindung zu politischen Parteien. Er betrachtete sich trotz seines politischen Amtes als ein fundamental unpolitischer Mensch, in mancher Hinsicht geradezu als „reinen Toren“.

Eine wichtige vermittelnde Funktion habe er noch als Wirtschaftsforscher im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen ausgeübt. Der Beirat wurde 1963 als dritter Unterausschuss der Paritätischen Kommission gegründet und hatte sich ursprünglich sehr hohe Ziele gesetzt („Die Ökonomen der Kammern sagen der staatlichen Wirtschaftspolitik, was sie tun soll.“). Die Experten der wirtschaftspolitischen Interessenverbände konnten sich begreiflicherweise nicht immer auf Sachkonzepte einigen. Im Falle von Divergenzen im Beirat habe er, Seidel, als „ständiger Experte“, zu

schlichten versucht („Wenn die Meinungsverschiedenheiten unter den Beiratsmitgliedern relativ groß waren und die Emotionen hoch gingen, versuchte ich zu vermitteln: Liebe Freunde, streiten wir nicht, über eine Reihe von Punkten scheint ein Konsens möglich zu sein. Ich bin bereit, die gemeinsamen Positionen schriftlich zu formulieren. Und dieses Manuskript ist häufig als Diskussionsgrundlage akzeptiert worden.“).

Zur letztlich kurzlebigen Periode des so genannten Austro-Keynesianismus und zum großen Paradigmenwechsel in der österreichischen aber auch internationalen Politik, wie er sich Anfang der 80er anbahnte, äußert sich Seidel wie folgt:

Mitte der 70er Jahre entstand als Folge des ersten Ölpreisschocks zum ersten Mal in der Weltwirtschaft nach 1945 eine echte Rezession. Entsprechend der vorherrschenden Lehre versuchte man in vielen Ländern, die Rezession mit Hilfe einer expansiven Politik, insbesondere mit Hilfe von Budgetdefiziten zu bekämpfen. Der „österreichische Weg“ bestand darin, dass die nachfragegestützte Budgetpolitik mit einer Kostenstabilisierung verknüpft wurde, die sich auf die Hartwährungspolitik und die Einkommenspolitik der Sozialpartner stützte. Die österreichische Wirtschaftspolitik erhielt von der OECD, aber auch vom Internationalen Währungsfonds gute Noten. International wuchs jedoch schon in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Kritik an der überkommenen Politik, weil sie nicht imstande war, die vom Ölpreisschub ausgehende Preis-Lohn-Spirale zu stoppen. Schon vorher hatte sich in der ökonomischen Theorie eine Abkehr vom Keynesianismus abgezeichnet, dem mangelnde mikroökonomische Fundierung vorgeworfen wurde. Als gegen Ende der 70er Jahre ein neuerlicher Ölpreisschock die Wirtschaft der Industrieländer erschütterte, änderte die internationale Wirtschaftspolitik ihren Kurs. Nicht mehr die Erhaltung der Vollbeschäftigung um jeden Preis, sondern die Erreichung einer hinreichenden Preisstabilität rückte in den Vordergrund. Und der beste Weg, die Inflation zu bekämpfen, schien darin zu bestehen, die von den steigenden Ölpreisen initiierte Kosteninflation nicht zu finanzieren. Anpassen statt finanzieren, hieß die neue Parole. Die österreichische Wirtschaftspolitik versuchte auch dem zweiten Ölpreisschub mit der Methode zu begegnen, die sich nach dem ersten als erfolgreich erwiesen hatte, doch zeichneten sich bald die Grenzen dieser Politik unter den neuen weltwirtschaftlichen Bedingungen ab. Der rot-blauen Regierung erschien Mitte 1980 der Austro-Keynesianismus nur noch als ein Versuch, unter der internationalen Rezession „durchzutauchen“. Dieser Versuch musste aufgegeben werden, als sich die „Tauchstrecke“ als zu lang erwies. Die rasche Abkehr der Bundesregierung nach Kreisky vom Austro-Keynesianismus mag dadurch gefördert worden sein, dass die verstaatlichte Industrie in eine Krise geriet und mit beträchtlichen öffentlichen Mitteln gestützt werden musste. Modern formuliert: es gab zu viel Makro- und zu wenig Mikropolitik.

Die Diskussion um die Hartwährungspolitik, die in der Spätphase der Regierung Kreisky geführt wurde, sieht Seidel als eine Spätfolge der schon 1949 in den Parteienvereinbarungen fixierten „seltsamen Spaltung des verstaatlichten Sektors in einen Industriebereich und einen Bankenbereich mit namhaften Industrieinteressen“. Die Kompetenztrennung war in der Zeit der großen Koalition politisch verständlich: Die verstaatlichte Industrie unterstand einem „roten“ Minister und die verstaatlichten Banken einem „schwarzen“ Finanzminister. Sie wurde jedoch auch in der Zeit der sozialistischen Alleinregierung beibehalten, wobei der Kanzler die Interessen der Verstaatlichten Industrie wahrnahm, was ihn oft in Konflikt mit dem Finanzminister brachte. Nach dem Abgang von Hannes Androsch, der als Repräsentant der Hartwährungspolitik galt, ventilierte Kreisky die Idee, die verstaatlichte Industrie durch eine Abwertung des Schillings zu entlasten. In ähnlicher Weise

hatte schon drei Jahrzehnte vorher der für die verstaatlichte Industrie zuständige Minister Waldbrunner die Schaffung eines Einheitskurses von 26 S/\$ unterstützt, die de facto auf eine Abwertung des Schillings hinauslief. Im Gegensatz zu den 50er Jahren setzte sich jedoch Kreisky nicht durch. Finanzminister Salcher und vor allem Notenbankpräsident Koren waren dagegen. Stefan Koren hat aus Seidels Sicht maßgeblich dazu beigetragen, dass der Schilling zu einer harten Währung wurde. In seiner Amtszeit wurde der Wechselkurs von einem Instrument der Wechselkurspolitik, das variabel eingesetzt werden kann, zu einem Fixpunkt, dem sich die Wirtschaft anzupassen hatte. Um nochmals auf den Paradigmenwechsel in der internationalen Wirtschaftspolitik zurückzukommen: Die OECD argumentierte bis gegen Ende der 70er Jahre keynesianisch. In den 80er Jahren begann jedoch die Neo-Klassik zu dominieren. Der Mitarbeiterstab wurde umerzogen oder ausgetauscht. Ein wohlmeinender Experte gab Seidel als Leiter der österreichischen Delegation im Economic Policy Committee den Rat, er möge die österreichische Wirtschaftspolitik im „neo-klassischen Gewand“ präsentieren, dann werde sie eher akzeptiert. Rückblickend meint Seidel, vom Keynesianismus sei die Einsicht verblieben, dass nominelle Schocks kurzfristig Mengeneffekte auslösen. Preise und Löhne reagieren zeitlich verzögert. Das müsse man in der Diagnose und in der Therapie berücksichtigen. Ob die alten Rezepte unter den Bedingungen einer globalen Weltwirtschaft mit Dominanz der Finanzmärkte noch greifen, erscheint fraglich.

Stolz ist Seidel darauf, von Anfang an zu jenen politischen Ökonomen gehört zu haben, die den Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft empfohlen haben. Nicht so radikal wie sein Vorgänger Nemschak, der geglaubt habe, man kann das in den 60er Jahren „übers Knie brechen“, aber doch nachhaltig und beharrlich. Vornehmlich habe er dazu beigetragen, die Europäische Gemeinschaft als ein gestaltungsfähiges Gebilde zu begreifen und von dem Vorwurf zu entkleiden, sie sei ein bloßer „Bürgerblock“. Das erleichterte es den Sozialisten, sich für die Europäische Gemeinschaft zu entscheiden. Es sei eine der letzten großen Leistungen der Sozialpartnerschaft gewesen, dass alle Sozialpartner den Beitritt Österreichs zur EU begrüßt hätten.

Was die großen Umwälzungen der achtziger Jahre und danach betrifft - den mit dem Zerschlagen des „Realsozialismus“ fast zeitgleichen Untergang der Verstaatlichten Industrien und anderer Zweige der Gemeinwirtschaft, die damit anrollende massive Privatisierung aber auch die konflikt-haftere Entwicklung der Wirtschaftspolitik mit Schlagworten wie Flexibilisierung, Arbeitszeitverlängerung etc. - gibt sich Seidel vorsichtig und zurückhaltend.

Er sähe sich hier in der Rolle des Beobachters, der mit folgendem Problem konfrontiert ist: „In der Zeit meiner aktiven Laufbahn schien das Spektrum der wirtschaftspolitischen Meinungsverschiedenheiten im internationalen Maßstab nicht sehr groß.“ Es hat natürlich immer unterschiedliche Auffassungen gegeben, aber es bestand ein breiter „mainstream“. Und besonders die Ökonomen unter den Sozialwissenschaftlern waren zumeist fortschrittsgläubige Positivisten. „Was wir heute noch nicht wissen, werden wir morgen wissen.“ Mir scheint, dass heute das Spektrum dessen, worüber man unter Ökonomen diskutieren kann, breiter geworden ist.“ Kompromissauffassungen, wie er sie immer vertreten habe, seien daher schwieriger zu finden als früher. Auch die Hoffnung auf eine objektive Ökonomie im Sinne der Naturwissenschaften ist für Hans Seidel in die Ferne gerückt. Die Ökonometrie leistet trotz aller Fortschritte nicht das, was viele von ihr erwartet haben. In dieser Situation wendet sich der ungebrochen aktive Gelehrte offenbar gerne der historischen Forschung zu. Er habe für sein neues Werk unter anderem im Staatsarchiv und im Archiv der Oesterreichischen Nationalbank intensiv gearbeitet. Seine Arbeit bietet ein repräsentatives

Spiegelbild der Meinungen der österreichischen Bürokratie in der Wiederaufbauperiode im weiteren Sinne. Leider gäbe es nur wenig schriftlich Dokumentiertes über die Sozialpartner. Auch Entscheidungen von Spitzenpolitikern sind nur lückenhaft dokumentiert: Viele kamen beim Heurigen und bei anderen informellen Anlässen zustande.

Selbstbewusst, aber durchaus auch humoristisch-selbstkritisch reminisziert Seidel die Prägung des kurzzeitig berühmten Begriffes Austro-Keynesianismus. Im Jahr 1979 hielt das WIFO ein Symposium mit dem Titel „Ist Arbeitslosigkeit unvermeidbar?“ ab. Auf dieser Tagung interpretierten Vertreter des Deutschen Sachverständigenrats das Beschäftigungsproblem aus neo-klassischer Sicht. Sie stießen dabei auf den Widerspruch der anwesenden österreichischen Professoren, die zumeist keynesianisches Gedankengut vertraten. Unter dem Eindruck dieser Debatte prägte Seidel den Begriff „Austro-Keynesianismus“, zunächst als Charakteristikum der auf den heimischen Universitäten dominierenden Lehre, in weiterer Folge aber auch als Kennzeichen einer bestimmten Wirtschaftspolitik zur Bewältigung der Turbulenzen im Gefolge der Ölpreisschocks. „Obschon die Bezeichnung von mir stammt, tauchten Zweifel auf, ob ich das Wesen des Austro-Keynesianismus richtig verstanden hätte. Ostleitner und Tichy neigten eher zu einer strukturellen (fundamentalen) Keynes-Interpretation (Tichy betonte die Stabilisierung der Erwartungen als Wesensmerkmal der österreichischen Politik), wogegen ich das makro-ökonomische Management, die Kombination von nachfrageschaffender Fiskalpolitik mit kostenstabilisierender Einkommens- und Hartwährungspolitik in den Vordergrund rückte“.

Was sich gegenüber der keynesianischen Welt seiner Jugend vor allem geändert habe, umreißt Seidel so: In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg verfügten die nationalen Staaten über einen erheblichen Gestaltungsspielraum. Die internationale Wirtschaftsordnung förderte zwar die Internationalisierung der Warenmärkte, war jedoch darauf bedacht, den Handlungsspielraum der einzelnen Länder nicht allzu sehr einzuengen. Der internationale Kapitalverkehr war beschränkt und unterlag zumeist behördlichen Kontrollen. Inzwischen ist die Weltwirtschaft zunehmend globaler geworden, die Finanzmärkte dominieren die internationalen Transaktionen und die Maximierung der „share-holder values“ bestimmt (oft zu Lasten der „stake-holders“) das Schicksal von Unternehmen. Was unter diesen Umständen von der nationalen Wirtschaftspolitik (und dazu zählen neben Regierung und Notenbank auch die Gewerkschaften) noch „machbar“ ist und welche Anforderungen an die EU gestellt werden müssen: das herauszufinden, ist Aufgabe der jüngeren Generation von Ökonomen, die noch aktiv in der Wirtschaftspolitik tätig sind und die die Präferenzen der jungen Menschen kennen. Vieles wird man als Datum hinnehmen müssen. Dazu zählt etwa der Umstand, dass mit zunehmendem Wohlstand die privaten Haushalte Geld- und Realvermögen akkumulieren. Nach Seidels grober Schätzung betrug das Geldvermögen der privaten Haushalte nach der Stabilisierung der Währung im Jahr 1952 nur 5% des BIP. Jetzt sind es nach den Nachweisen der Nationalbank 130%. Es lohnt sich daher, ertragsorientiert über sein Geldvermögen zu disponieren. Gleichzeitig hat sich der Bestand an dauerhaften Konsumgütern vervielfacht. Unter diesen Umständen reagiert der private Konsum nicht mehr passiv auf das laufende Einkommen, wie es das einfache Multiplikator-konzept unterstellt. Die Konsumenten haben Gestaltungsspielraum: Wie sie ihre Ausgaben zeitlich verteilen, hängt maßgeblich von ihren Erwartungen ab.

Ungeachtet aller technischen Kenntnisse und Interessen im Fach Ökonomie bekommt man den Eindruck, dass Hans Seidels Karriere doch vor allem auf seinen Personen-orientierten pragmatischen und vermittelnden Qualitäten beruht, dass er sie gleichsam als „verstehender“ Nationalökonom

gemacht hat. Nicht umsonst nennt er als seinen wirtschaftspolitischen Erfolg die so genannte „Seidel-Formel“ eines zulässigen Defizits im Staatshaushalt von 2,5% des BIP, die er noch als Wirtschaftsforscher in einem Finanzbericht für Minister Androsch erfunden hatte und die dem heutigen budgetären Maastricht-Kriterium ähnelt. Selbstkritisch meint Seidel: Das sei „natürlich keine große wissenschaftliche Leistung“ gewesen, aber eine pragmatische Lösung, abgestellt auf die bestehenden Finanzmärkte und auf das politisch Machbare. „Null wäre zu anspruchsvoll, fünf wäre zu hoch gewesen“.

In Anbetracht einer teilweisen Rückführung (Anpassung) des Wohlfahrtssystems sieht Hans Seidel aktuell keinen wirklichen Grund zur Mutlosigkeit: „In den 50er Jahren hatte Österreich eine Sozialquote von 5 bis 7% des Nationalprodukts, die Arbeiterpension ist damals gerade erst eingeführt worden und die Menschen sind bald nach Pensionsantritt gestorben. Von den Lebensbedingungen her ging es den Menschen viel schlechter als heute“. Er meint allerdings auch: „Damals hatten sie die Hoffnung, es wird besser. Heute entsteht vielfach der Eindruck, es kann nur schlechter werden“.

Im Gespräch mit Hans Seidel gewinnt man immer wieder den Eindruck, dass ihn, den berufsmäßigen Versöhner und Vermittler, das heute wieder schärfere Auseinanderklaffen der Interessenstandpunkte und der Ideologien besonders beunruhigt.